

BR/GT I/29 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 26. November 1969

BR/GT I/29/69

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES UEBEREINKOMMENS

UEBER EIN EUROPÄISCHES
PATENTERTEILUNGSVERFAHREN

Artikel 114 - 152, 113 a, c, d und e

(von der Redaktionsgruppe überarbeitete Fassung)

BR/GT I/29 d/69 bm

KAPITEL IV

UMWANDLUNG DER EUROPÄISCHEN PATENTANMELDUNG IN EINE NATIONALE PATENTANMELDUNG

Artikel 114 bis 118

Bemerkung:

Die Arbeitsgruppe hat die Ueberprüfung der Artikel dieses Kapitels bis nach der Festlegung des Erteilungsverfahrens für das europäische Patent zurückgestellt.

KAPITEL I

AUFRECHTERHALTUNG DER EUROPÄISCHEN PATENTANMELDUNG

Artikel 119

Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung

(1) Für die europäische Patentanmeldung sind an das Europäische Patentamt die Jahresgebühren zu entrichten, die in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschrieben sind. Die Jahresgebühren werden für das dritte und jedes weitere Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an, geschuldet.

(1a) Die Verpflichtung nach Absatz 1 endet mit Ablauf desjenigen auf den Tag der Anmeldung folgenden Jahres, in dem die Erteilung des Europäischen Patents rechtskräftig wird.

(2) Für die europäische Zusatzpatentanmeldung sind Jahresgebühren nicht zu entrichten. Für eine Zusatzpatentanmeldung, die in eine selbständige Patentanmeldung umgewandelt worden ist oder gemäss Artikel 88 Absatz 3 a als Anmeldung eines selbständigen Patents gilt, sind die Jahresgebühren, die für eine von Anfang an selbständige Patentanmeldung fällig geworden wären, auch für die zurückliegenden Jahre zu entrichten, unbeschadet der Zahlung der späteren Jahresgebühren.

Artikel 120

Fälligkeit

(1) Die Jahresgebühren sind jeweils am letzten Tag des Monats fällig, der durch seine Benennung dem Monat entspricht, in welchem die europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist.

(2) Erfolgt die Zahlung der Jahresgebühr nicht bis zu dem gemäss Absatz 1 für die Fälligkeit massgebenden Zeitpunkt, so kann die Jahresgebühr noch innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Fälligkeit wirksam entrichtet werden, sofern sie mit dem in der Gebührenordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebenen Zuschlag entrichtet wird.

(3) Wird eine Jahresgebühr bis zum Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist nicht entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 121

Feststellung der Zahlung

Die zuständigen Organe des Europäischen Patentamts sind allein befugt, über die Rechtzeitigkeit der Zahlung der in den Artikeln 119 und 120 Absatz 2 vorgesehenen Gebühren und über Beschwerden gegen solche Entscheidungen zu befinden.

Artikel 122

Stundung von Jahresgebühren

- - gestrichen -

Artikel 123

Nichtzahlung innerhalb der Stundungsfrist

- gestrichen -

Artikel 123 a

Folgen der Nichtzahlung

- gestrichen; dieser Artikel ist nach Artikel 120 als Absatz 3 übernommen worden -

KAPITEL II

AUFRECHTERHALTUNG DES EUROPÄISCHEN PATENTS

Artikel 123 b

Jahresgebühren für das europäische Patent

Für das europäische Patent können die nach dem nationalen Recht eines Vertragsstaats oder nach einem gemäss Artikel 8 a geschlossenen Uebereinkommen zuständigen Stellen Jahresgebühren nur für die sich an das in Artikel 119 Absatz 1 a erwähnte Jahr anschliessenden Jahre erheben.

Artikel 123 c

Uebersetzung der Patentschrift

(1) Ist die Patentschrift des europäischen Patents nicht in einer der Amtssprachen eines Vertragsstaats abgefasst, für den das europäische Patent erteilt worden ist, so kann dieser Vertragsstaat vorschreiben, dass der Inhaber des europäischen Patents innerhalb einer Frist von mindestens drei Monaten nach dem Tag der Bekanntmachung der Patenterteilung im Europäischen Patentblatt bei der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz

- a) eine Uebersetzung der Patentschrift in eine seiner Amtssprachen einzureichen, oder
- b) eine Gebühr für die Herstellung einer amtlichen Uebersetzung der Patentschrift in eine seiner Amtssprachen zu entrichten hat.

(2) Jeder Vertragsstaat, der eine Vorschrift gemäss Absatz 1 erlassen hat, kann ausserdem vorschreiben, dass der Patentinhaber innerhalb der in Absatz 1 genannten Frist die Kosten für eine Veröffentlichung der Uebersetzung ganz oder teilweise zu entrichten hat.

(3) Jeder Vertragsstaat kann vorschreiben, dass im Falle der Nichtbeachtung einer aufgrund der Absätze 1 oder 2 erlassenen Vorschrift die Wirkungen des europäischen Patents in dem Vertragsstaat als von Anfang an nicht eingetreten gelten.

SIEBENTER TEIL

NICHTIGKEIT DES EUROPÄISCHEN PATENTS

KAPITEL I

ERLOESCHEN

Artikel 124 bis 126

- gestrichen -

KAPITEL II

NICHTIGKEIT

Artikel 127 bis 135

- gestrichen -

ACHTER TEIL

ZWANGSLIZENZEN

Artikel 136 bis 152

- gestrichen -

KAPITEL III^{bis}

INTERNATIONALE ANMELDUNG NACH DEM VERTRAG UEBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Artikel 113 a

Anwendung des Vertrags über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens

(1) Der Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens vom, im folgenden "Zusammenarbeitsvertrag" genannt, ist nach Massgabe der Vorschriften dieses Kapitels anzuwenden.

(2) Für das Verfahren vor dem Europäischen Patentamt über internationale Anmeldungen nach dem Zusammenarbeitsvertrag sind dessen Vorschriften und ergänzend die Vorschriften dieses Uebereinkommens anzuwenden.

(3) Soweit in diesem Uebereinkommen auf den Zusammenarbeitsvertrag Bezug genommen ist, erstreckt sich die Bezugnahme auch auf dessen Verfahrensregelung.

Artikel 113 c

Das Europäische Patentamt als Anmeldeamt

(1) Das Europäische Patentamt kann Anmeldeamt im Sinne des Artikels 2 (iv) des Zusammenarbeitsvertrags sein, wenn der Anmelder Staatsangehöriger eines Vertragsstaats dieses Uebereinkommens ist, für den der Zusammenarbeitsvertrag in Kraft getreten ist. Das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

(2) Das Europäische Patentamt kann auch Anmeldeamt sein, wenn der Anmelder Staatsangehöriger eines Staats ist, der nicht Vertragsstaat dieses Uebereinkommens, jedoch Vertragsstaat des Zusammenarbeitsvertrags ist und der mit dem Verwaltungsrat eine Vereinbarung geschlossen hat, wonach das Europäische Patentamt gemäss den Vorschriften des Zusammenarbeitsvertrags anstelle des nationalen Amts dieses Staats als Anmeldeamt tätig wird. Das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

(3) Das Europäische Patentamt kann vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats auch Anmeldeamt sein, wenn der Anmelder Staatsangehöriger eines Staats ist, für den die Versammlung des Internationalen Verbandes für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens das Europäische Patentamt als zuständiges Anmeldeamt bestimmt hat. Das gleiche gilt, wenn der Anmelder in diesem Staat seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

Artikel 113 e

Das Europäische Patentamt als Bestimmungsamt

(1) Das Europäische Patentamt ist Bestimmungsamt im Sinne des Artikels 2 (ii) des Zusammenarbeitsvertrags für die in der internationalen Anmeldung benannten Vertragsstaaten, wenn der Anmelder innerhalb von 12 Monaten nach dem Prioritätsdatum dem Anmeldeamt oder gegebenenfalls dem nach dem Zusammenarbeitsvertrag eingesetzten Internationalen Büro mitgeteilt hat, dass er für diese Staaten ein europäisches Patent begehrt.

(2) Sofern eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Artikel 8 a Gebrauch gemacht hat, kann sie vorschreiben, dass ihre Benennung nur gemeinsam erfolgen kann und dass die Benennung eines Teils der Vertragsstaaten der Gruppe als Benennung aller dieser Vertragsstaaten gilt, wenn der Anmelder mitteilt, dass er für den oder die benannten Staaten der Gruppe ein europäisches Patent begehrt.

(3) - gestrichen -

(4) Für eine internationale Anmeldung ist die in Artikel 68 a Absatz 2 vorgesehene Gebühr nicht zu entrichten.
